

Wir kriegen die Krise...

Zum Beispiel: 18,2 Milliarden Steuergelder für die Commerzbank ...

Mit insgesamt 18,2 Milliarden Euro Steuergeldern wird der staatliche Banken-Rettungsfonds (SoFFin) die Commerzbank, das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut, stützen müssen, damit die Milliardenabschreibungen durch Fehlspekulationen und die Übernahme der maroden Dresdner Bank bezahlt werden können.

Blessing, Vorstand der Commerzbank, baute bereits bei der Sanierung des Privatkundengeschäfts mit der Schließung von Filialen 2000 Stellen ab und setzte Lohnkürzungen durch. Bis 2010 will er die Dresdner Bank komplett integriert haben und dabei noch einmal 9000 Stellen streichen.

... und wer hilft uns, wenn uns die Krise trifft?

- Was ist, wenn wir unseren Arbeitsplatz verlieren?
- Was ist, wenn wir die Raten für unser Haus oder unsere Miete nicht mehr zahlen können?
- Was ist, wenn wir alt werden und wegen Arbeitslosigkeit nicht genug Rente beziehen?
- Was ist, wenn wir krank werden und die Gesundheitskosten nicht bezahlen können?

Was ist mit all denen, die schon jetzt keine Arbeit mehr und zu wenig Geld für sich und ihre Kinder haben? Mit der Einführung von HartzIV im Jahr 2005 wurden die Regelsätze für Kinder gekürzt und alle Forderungen nach Ausgleich wurden mit dem Argument abgewiesen, es sei kein Geld da. Heute staunen wir nur noch, wie schnell und bedingungslos für Spekulanten, Banken und Konzerne die Milliarden locker gemacht werden.

Milliarden für Banken und Konzerne – für uns die „Schuldenbremse“?

Bundesregierung und Bundesrat haben eine sogenannte Schuldenbremse beschlossen, mit der die Staatsverschuldung reduziert werden soll. Wenn Banken und Konzerne mit Hunderten von Milliarden Euro vollgepumpt sind, soll sie in Kraft treten. Und dann werden wir wieder hören, dass leider kein Geld mehr da ist für Arbeitslose, Kinder, Bildung, Gesundheit, Altersversorgung und Infrastruktur.

**Wir wollen uns das nicht länger gefallen lassen!
Wir wollen eine solidarische und gerechte Gesellschaft!**

Was wäre zu tun?

Die neoliberalen Privatisierungen müssen zurückgenommen und das Gemeinwesen muss ausgebaut, neu gestaltet und gestärkt werden. Das Angebot an öffentlichen Gütern muss erweitert und eine für alle gleichermaßen und kostenlos verfügbare soziale Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur, Energie, Wohnung und Verkehr geschaffen werden.

Der vorhandene gesellschaftliche Reichtum reicht, um eine Grundversorgung mit kollektiven Gütern zu realisieren, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung steht. Diese infrastrukturelle Versorgung muss so weit als möglich dezentralisiert und der unmittelbaren Kontrolle durch die Betroffenen unterstellt werden. Darüber hinaus ist ein allgemeines und bedingungsloses Grundeinkommen anzustreben, das allen Gesellschaftsmitgliedern unabhängig von ihrer Tätigkeit nicht nur die materielle Existenz, sondern auch soziale und kulturelle Teilhabe gewährleistet.

(frei nach „Die Krise des neoliberalen Kapitalismus. Welche Alternativen?“ von Joachim Hirsch, Sozialwissenschaftler, www.links-netz.de, März 2009)

Wir müssen was tun...

Um das durchzusetzen, müssen wir gemeinsam protestieren und uns zusammenschließen.

**Kommt zur Veranstaltung am Fr., 20.03., 20 Uhr, DGB-Haus, Kaiserstr. 4 – 6 !
Fahrt mit zur Demo „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. März in Berlin !**